



## Sitzungsniederschrift

### Rat der Stadt Norderney

Sitzungsort:	Conversationshaus, Weißer Saal, Am Kurplatz 1	
Sitzungsdatum:	28.03.2018	Niederschrift gefertigt am: 09.04.2018
öffentlich	Beginn: 18:00 Uhr	Ende: 19.30 Uhr

#### Anwesend:

##### **Vorsitzender**

RV Manfred Hahnen

##### **Stimmberechtigtes Mitglied**

stv. RV Silvia Selinger-Hugen  
2. stv. BM Jann Ennen  
BG Stefan Wehlage  
RM Hayo F. Moroni  
BG Bernhard Onnen  
BG Johannes Terfehr  
RM Jens Podein  
BM Frank Ulrichs  
RM Klaus-Rüdiger Aldegarmann  
RM Anfried Hauschild  
BG Axel Stange  
RM Reinhard Kiefer  
1. stv. BM Henning Padberg

##### **Von der Verwaltung**

StAR Julia Oertelt  
StA Andreas Goldberg (ab TOP 6)  
Dipl.-Ing. Frank Meemken (ab TOP 6)

##### **Schriftführer**

Verw.-Angest. Irene Köß

#### Entschuldigt fehlen:

RM Anke Dröst  
RM Jutta Wunsch  
RM Tobias Schnippering

## Tagesordnung

6. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
7. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 07.11.2017/07.12.2017 - öffentlicher Teil
8. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
9. Haushaltsplan für das Jahr 2018 und Investitionsprogramm für die Jahre 2018 bis 2021
10. Umbesetzung im Beirat des ev.-luth. Kindergartens bei der Gruppe CDU/FDP
11. 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben der Feuerwehr Norderney
12. Beschluss zum Erlass einer Veränderungssperre für einen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 2 (Herrenpfad)
13. Bebauungsplan Nr. 4 'Innenstadt Nord-Ost', Verfahren zur Neuaufstellung  
Beschluss zum Erlass einer Veränderungssperre
14. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 48A "Kurzentrums - Hotel", Verfahren zur Aufhebung  
a) Beratung über die Abwägung  
b) Satzungsbeschluss
15. Spenden 2017 über 2.000 Euro - (Aufstellung Nr. IV/2017)  
Jugendfeuerwehr
16. Spenden 2017 über 2.000 Euro III  
Unterkünfte Ferienbetreuung Grundschule (Herbst)
17. Mitteilungen der Verwaltung
18. Anfragen und Anregungen
19. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

**TOP 6. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

RV Hahnen eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

**TOP 7. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 07.11.2017/07.12.2017 - öffentlicher Teil**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 07.11.2017 - öffentlicher Teil - wird mit 11 Jastimmen, 1 Neinstimme und 2 Enthaltungen genehmigt. Die Niederschrift über die Sitzung vom 07.12.2017 - öffentlicher Teil - wird mit 11 Jastimmen, 1 Neinstimme und 2 Enthaltungen genehmigt.

**TOP 8. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

BM Ulrichs berichtet über den Beschluss in der nichtöffentlichen Sitzung: Frau Jutta Leiß und Herr Klaus Böhmer seien als Bewerber in die Vorschlagliste der Stadt Norderney für die Wahl der Schöffen (2019 bis 2023) aufgenommen worden. Es hätten sich 6 Personen beworben.

**TOP 9. Haushaltsplan für das Jahr 2018 und Investitionsprogramm für die Jahre 2018 bis 2021**

Die Haushaltsreden von BM Ulrichs, BG Stange und BG Wehlage sind der Niederschrift beigelegt.

2. stellv. BM Ennen stellt in seiner Haushaltsrede fest, dass die CDU/FDP dem Haushalt zustimmen werde, weil er ausgeglichen sei. Er bedauere, dass der politische Einfluss immer geringer werde. Eigene „Initialzündungen“ seien kaum noch möglich. Er stellt fest, dass Norderney auf der einen Seite der größte Nettozahler im Landkreis sei, auf der anderen Seite jedoch vom Landkreis wenig zurückbekomme. Hier stimme das Verhältnis nicht. Darüber hinaus unterstütze Norderney die Wettbewerber Juist und Baltrum durch die Kreisumlage. Norderney bewege sich auf eine relativ hohe Verschuldung zu, mit der sensibel umgegangen werden müsse. Die Fristen bei Zinsbindungen in Darlehensverträgen sollten bewusst festgesetzt und die Menge der Bürgschaften reduziert werden. 2. stellv. BM Ennen meint, dass eine Zusammenlegung von Grundschule und KGS am Standort der KGS mit wirtschaftlichen Synergien verbunden sein werde. Bei einigen Produkten im Haushalt gebe es Verbesserungsmöglichkeiten. So blieben z. B. die Einnahmen der „WattWelten“ hinter der Prognose zurück. Baumaßnahmen sollten im finanziellen Rahmen bleiben. Er bedankt sich bei der Kämmerei für die hervorragende Arbeit und bei den Fachämtern.

BG Onnen teilt mit, dass die FWN dem Haushalt zustimmen werde und verweist im Übrigen auf die Aussagen seiner Vorredner. RM Moroni weist darauf hin, dass Norderney mehr verwaltet als gestaltet werde. Es würden Einzelprojekte verfolgt, jedoch fehlten ein Gesamtentwicklungsplan und zukunftsweisende Analysen und Konzepte z. B. hinsichtlich der Verkehrssituation, der Wohnraumlage sowie der Strandversorgung. BM Ulrichs müsse Ideen und Vorschläge für die nächsten 15 Jahre als Vorgabe für eine Bauleitplanung unterbreiten.

BM Ulrichs antwortet, dass die Insel gerade flächendeckend mit Bebauungsplänen überzogen werde, die nicht nur für die nächsten 3 Jahre ausgerichtet seien, sondern für 15 bis 20 Jahre. RM Moroni entgegnet, dass den Bebauungsplänen kein gesamtinsulares Konzept zugrunde liege.

### **Beschluss**

Dem Haushaltsplan der Stadt Norderney für das Haushaltsjahr 2018 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2018 bis 2021 sowie dem Wirtschaftsplan des städtischen Eigenbetriebes „Technische Dienste Norderney“ wird zugestimmt.

13 Stimme/n dafür

1 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

#### **TOP 10. Umbesetzung im Beirat des ev.-luth. Kindergartens bei der Gruppe CDU/FDP**

2. stellv. BM Ennen teilt mit, dass statt RM Aldegarmann künftig RM Selinger-Hugen Mitglied im Beirat des ev.-luth. Kindergartens sein solle. Vertreter bleibe RM Schnippering. Der Rat nimmt diese Umbesetzung zur Kenntnis.

#### **TOP 11. 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben der Feuerwehr Norderney**

### **Beschluss**

Der 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben der Feuerwehr Norderney vom 11.12.2013 in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt.

14 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

#### **TOP 12. Beschluss zum Erlass einer Veränderungssperre für einen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 2 (Herrenpfad)**

Dipl.-Ing. Meemken erläutert kurz die Verwaltungsvorlage.

### **Beschluss**

Dem Beschluss zum Erlass einer Veränderungssperre für einen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 2 als Satzung aufgrund der §§ 14 und 17 BauGB sowie der §§ 10 und 58 NKomVG – alle Bestimmungen in der derzeit gültigen Fassung – zur Sicherung des eingeleiteten Planänderungsverfahrens wird zugestimmt.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist aus dem anliegenden Lageplan ersichtlich:

13 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

1 Enthaltung

#### **TOP 13. Bebauungsplan Nr. 4 'Innenstadt Nord-Ost', Verfahren zur Neuaufstellung Beschluss zum Erlass einer Veränderungssperre**

Dipl.-Ing. Meemken erläutert kurz die Verwaltungsvorlage. RM Selinger-Hugen fragt, ob sich die Veränderungssperre auf den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes beziehe. Dipl.-Ing. Meemken bejaht dies.

### **Beschluss**

Dem Beschluss zum Erlass einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 4 „Innenstadt Nord-Ost“ zur Sicherung des eingeleiteten Planänderungsverfahrens als Sat-

zung aufgrund der §§ 14 und 17 BauGB sowie der §§ 10 und 58 NKomVG – alle Bestimmungen in der derzeit gültigen Fassung – wird zugestimmt.

7 Stimme/n dafür

3 Stimme/n dagegen

4 Enthaltungen

**TOP 14. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 48A "Kurzentrums - Hotel", Verfahren zur Aufhebung  
a) Beratung über die Abwägung  
b) Satzungsbeschluss**

BM Ulrichs erläutert kurz die Beschlussvorlage. Die Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans habe nichts mit den gescheiterten Verhandlungen zum 5-Sterne-Hotel-Grundstück zu tun, sondern der Bebauungsplan beziehe sich auf die Planung aus dem Jahr 2005.

**Beschluss**

- a) Die während des Auslegungsverfahrens zur Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 48A „Kurzentrums – Hotel“ vorgebrachten Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen. Die öffentlichen und privaten Belange werden gem. § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch – alle Bestimmungen in der derzeit gültigen Fassung – untereinander und gegeneinander abgewogen. Die Zusammenstellung der Belange ist Bestandteil des Beschlusses.
- b) Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuchs – alle Bestimmungen in der derzeit gültigen Fassung – wird die Satzung zur Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 48A „Kurzentrums – Hotel“ mit der dazugehörigen Begründung vom Rat der Stadt Norderney als Satzung beschlossen. Die Satzung besteht aus dem Satzungstext und der Begründung.

14 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

**TOP 15. Spenden 2017 über 2.000 Euro - (Aufstellung Nr. IV/2017)  
Jugendfeuerwehr**

**Beschluss**

Es wird beschlossen, dass folgende Spenden über 2.000,00 Euro für das Jahr 2017 angenommen werden:

Jugendfeuerwehr Norderney:

- A. u. E. Korus-Stiftung, 26506 Norden 3.000,00 Euro

14 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

**TOP 16. Spenden 2017 über 2.000 Euro III  
Unterkünfte Ferienbetreuung Grundschule (Herbst)**

2. stellv. BM Ennen nimmt nicht an der Abstimmung teil. BM Ulrichs teilt mit, dass vom selben Unternehmen für 2017 schon eine Spende i. H. v. 3.500 € für die Grundschule Norderney geleistet worden sei. In der Gesamtsumme werde deshalb die Wertgrenze von 2.000 € überschritten, so dass über die Annahme der Zuwendung beschlossen werden müsse.

**Beschluss**

Es wird beschlossen, dass folgende Spenden über 2.000,00 Euro für das Jahr 2017 angenommen werden:

Norderney-Immobilien Jann Ennen e. K., 26548 Norderney

für Grundschule Norderney, Ferienbetreuung Herbst (Unterkünfte Betreuer) 1.275,00 Euro

13 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

## **TOP 17. Mitteilungen der Verwaltung**

BM Ulrichs teilt mit, dass heute eine Begehung des Hauses der Insel mit Brandschutzsachverständigen sowie den Brandschutzprüfern und der Bauaufsicht des Landkreises Aurich stattgefunden habe. Vor Jahren hätten die Stadtwerke die größten Mängel beim Brandschutz beseitigen lassen. Turnusmäßig fänden Begehungen statt, und nach der letzten vor einigen Wochen habe ein umfassender Mängelbericht abgegeben werden müssen. Deswegen habe man sich heute wieder getroffen, um zu entscheiden, was wann abzuarbeiten sei. Dabei sei festgestellt worden, dass für die vorgefundenen eklatanten Mängel die zuständige Fachbehörde nicht länger die Verantwortung übernehmen könne. Mit sofortiger Wirkung sei deshalb eine Nutzungsuntersagung für das gesamte Haus der Insel ausgesprochen worden. Im Haus gebe es Pachtbetriebe und Nutzer von der Insel. In der nächsten Zeit stünden überdies Großveranstaltungen an, für die die Einrichtung habe genutzt werden sollen: Ärztagung und zwei Abende im Rahmen des White-Sands-Festivals. Ob diese Veranstaltungen durchgeführt werden könnten, sei unklar. Die Nutzungsuntersagung habe ihn „wie aus dem Nichts“ getroffen, zumal er an den Begehungen der letzten Jahre immer teilgenommen habe. Jedoch sei auch für einen Laien ersichtlich, dass bestimmte Mängel gerade im Souterrain-Bereich nicht tolerabel seien. Man müsse nun kurzfristig sehen, wie die Situation zu bewerten und zu behandeln sei.

## **TOP 18. Anfragen und Anregungen**

Es liegen keine Anfragen und Anregungen vor.

## **TOP 19. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde**

a) Herr Luttmann fragt, ob die Verwaltung plane, zur Veränderungssperre betreffend den Bebauungsplan Nr. 4 (Innenstadt Nord-Ost) den betroffenen Einwohnerinnen und Einwohnern eine Informationsveranstaltung anzubieten. BM Ulrichs antwortet, dass gerade in Anbetracht der beabsichtigten Festsetzungen eine solche Veranstaltung stattfinden werde.

b) Herr Luttmann erkundigt sich, warum auf dem Parkplatz C Bäume abgeholzt worden seien. BM Ulrichs antwortet, dass es seit Jahren Probleme wegen der Bäume gebe. So hätte ein Herbststurm ein Großteil der Bäume schwer beschädigt, und es habe immer wieder Beschwerden von Fahrzeugbesitzern wegen herabfallender Äste, Blättern und den Hinterlassenschaften nistender Vögel gegeben.

c) Herr Luttmann fragt, ob die beiden Nadelbäume am Hafengebäude, das abgerissen werden solle, erhalten blieben. Dipl.-Ing. Meemken antwortet, dass die beiden Kiefern eingezäunt worden seien. Sie würden in einem späteren Konzept berücksichtigt.

d) Herr Jentsch spricht an, dass RM Moroni im Wahlkampf Bürgerbefragungen als einen Ausdruck von direkter Demokratie bezeichnet habe. Nach der Wahl sei er strikt gegen eine Bürgerbefragung. Er fragt nach dem Grund für diesen Sinneswandel. RM Moroni antwortet, dass eine Bürgerbefragung nur dann sinnvoll sei, wenn der Rat beschließe, sich dem Votum in jedem Fall zu unterwerfen. Er habe grundsätzlich nichts gegen eine Bürgerbefragung.

e) Frau Judel fragt RM Moroni, ob sie richtig verstanden habe, dass der Rat vor einer Bürgerbefragung sage, was er wolle und was er nicht wolle. RM Moroni antwortet, dass der Rat kein imperatives Mandat habe, sondern die Mitglieder seien eigenverantwortlich tätig. Vor Bürgerbefragungen müsse deshalb geprüft werden, ob sich der Rat einem Votum unterwerfe. Ansonsten gehe eine Bürgerbefragung ins Leere und verursache nur Kosten.

f) Frau Thiemann fragt, wie es sein könne, dass die Oldenburgische Landesbank bereits die Flächen im Haus der Schifffahrt vermarkte, obwohl in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt beschlossen worden sei, das Haus in den Geltungsbereich des Bebauungsplans „Marienstraße“ mit einzubeziehen, damit Verwaltung und Politik Einfluss auf die Nutzung nehmen könnten. BM Ulrichs antwortet, dass sich dies einer Einflussnahme entziehe. Möglicherweise solle mit der Anzeige nur der Markt erforscht werden. Der angesprochene Beschluss sei heute im Verwaltungsausschuss bekräftigt worden. Man könne jedoch der OLB eine solche Anzeige nicht verwehren.

g) Frau Thiemann erkundigt sich, ob das Einziehen eines Zwischenbodens im Wintergarten des Feuerwehrgerätehauses von vornherein geplant gewesen oder dies nachträglich entschieden worden sei. Durch den Zwischenboden änderten sich die Lichtverhältnisse. BM Ulrichs antwortet, ihm sei nur bekannt, dass die Feuerwehrleitzentrale hier eingezogen sei.

h) Frau Thiemann bezieht sich auf Zeitungsberichte, wonach die Stadtwerke künftig auch den Bezug von Bioerdgas anbieten. Ihr sei bekannt, dass es Biogas oder Erdgas gebe. Sie bittet um eine Erläuterung des Begriffs „Bioerdgas“ und um eine Information, wo das Bioerdgas herkomme. BM Ulrichs bittet sie, sich nach der Sitzung mit dem ebenfalls anwesenden GF Schönmeyer darüber zu unterhalten.

i) Frau Judel bezieht sich auf die Stellungnahme von 1. stellv. BM Padberg in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt und fragt, wem die Bürgerinitiative „Lebenswerte Insel“ geschadet habe. 1. stellv. BM Padberg habe u. a. gesagt, dass die Anzeige der Bürgerinitiative „allen“ geschadet habe. Darauf stellt 1. stellv. BM Padberg fest, dass es nicht um die Anzeige an sich gegangen sei, sondern um einige Formulierungen in dieser Anzeige. Er komme aus dem Bereich des Sports und habe ein „Foulspiel“ angezeigt, womit für ihn alles wieder in Ordnung sei. Für ihn sei „Populismus“, was in der Anzeige gestanden habe. Dies schade der Bürgerinitiative, der Sache und auch den Politikern. Frau Judel fragt, was 1. stellv. BM Padberg als Angriff empfunden habe. 1. stellv. BM Padberg verweist erneut auf die Formulierungen in der Anzeige.

j) Herr Jentsch fragt, ob im Rat und in der Verwaltung schon diskutiert worden sei, sich dem Entscheid einer Bürgerbefragung zu unterwerfen. BM Ulrichs verweist auf die entsprechenden Sitzungen des Verwaltungsausschusses und die letzte Ratssitzung. Er betont, dass noch nicht ausdiskutiert worden sei, wie mit den Unterschriften umzugehen sei.

k) Herr Sauerbrey verweist darauf, dass es einige Gebiete im Innenstadtbereich gebe, die im öffentlichen Interesse nicht bebaut werden sollten. Er nennt als Beispiel „Hinnis Tuun“. Nun habe man die Möglichkeit, eine Befragung zur Bebauung von Grünflächen durchzuführen und ein Konzept zu erstellen, wie die Entwicklung Norderneys aussehen solle. Die Politiker erhielten dadurch Handlungssicherheit. Nichts sei verwerflich an einer solchen Befragung.

l) Herr Jentsch bezieht sich darauf, dass in der letzten Fachausschusssitzung 1. stellv. BM Padberg betont habe, nur 15 % der Norderneyer Wahlberechtigten hätten die Listen der Bürgerinitiative unterschrieben. Es habe „herausgeklungen“, dass 85 % nicht unterschrieben hätten und 1. stellv. BM Padberg meine, dass diese für eine Bebauung seien. Er fragt, warum sich 1. stellv. BM Padberg einer Befragung verweigere, obwohl er dann auf der sicheren Seite sei. 1. stellv. BM Padberg antwortet, dass er nur festgestellt habe, wieviel Prozent der Bevölkerung sich an der Unterschriftenaktion beteiligt hätten. Er habe nicht gesagt oder gemeint, dass 85 % der Bevölkerung die Ziele der Bürgerinitiative nicht teilen könnten.

m) Frau Judel kritisiert, dass 1. stellv. BM Padberg versucht habe, die 800 Unterschriften auf die gesamte Bevölkerung zu verteilen. Man wisse nicht, wie viele sich bei einer Bürgerbefragung äußern würden.

n) Frau Extra bezieht sich ebenfalls auf die Stellungnahme von 1. stellv. BM Padberg und fragt, was die Bürgerinitiative „Unfairen“ getan habe. Bisher sei die Bürgerinitiative kaum in der Presse aufgetreten. Zweck der Anzeige sei gewesen, wachzurütteln. RM Aldegarmann weist darauf hin, dass in der

fraglichen Sitzung erklärt worden sei, die Unterschriften seien ernst zu nehmen; jedoch die Absicherung der Kommune sei auch ernst zu nehmen. Es sei mitgeteilt worden, dass bis zum 04.04.2018 eine rechtliche Klärung der Frage der Absicherung beendet sein solle. Vorher brauche sich niemand „künstlich aufzuregen“. Es sei üblich, aufgrund von gesicherten Erkenntnissen Entscheidungen zu fällen. Niemand habe die 800 Unterschriften in Frage gestellt. Herr Sauerbrey weist darauf hin, dass sich sein Wortbeitrag nicht auf die „Gartenstadt“ bezogen habe. Eine Bürgerbefragung zur Bebauung von Grünflächen, die noch keinem Bebauungsplan unterlägen, könne man durchführen.

o) Frau Extra erkundigt sich, ob die Bürgerinitiative noch etwas tun könne, bevor der Rat am 09.04.2018 entscheide. BM Ulrichs stellt fest, dass man sich eine weitere Rechtsauskunft hinsichtlich der Überarbeitung der vorliegenden Vertragsentwürfe bis zum 09.04.2018 erhoffe. Wann die nächste Ratssitzung stattfinde, sei noch gar nicht bekannt.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Hahnen  
(Vorsitzender)

Ulrichs  
(Bürgermeister)

Köß  
(Protokollführerin)